

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

32. Jahrgang

Berlin, den 27. August 1965

A 22127 C

Nummer 35

Die Baumaterialien-Industrie Mitteldeutschlands

Die international angewandten Baumethoden haben in den letzten zwei Jahrzehnten einen Strukturwandel durchgemacht, der noch immer nicht abgeschlossen ist. An die Stelle der früher üblichen handwerklichen Arbeitsweise ist mehr und mehr der industrielle Montagebau mit vorgefertigten Großbauteilen, wie Wand- und Deckenelementen, Trägern, Bindern usw., im Wohnungsbau sogar mit ganzen Wohnraumkörpern getreten. Diese Umstellung in den Baumethoden hat wiederum einen bestimmenden Einfluß auf die Produktionszusammensetzung der Baustoffindustrie ausgeübt; die traditionellen Ziegeleierzeugnisse sind zugunsten der Zement- und Betonteilerzeugung in den Hintergrund getreten.

Die wirtschaftlichen Vorteile dieser modernen Bauweisen liegen vor allem in der Einsparungsmöglichkeit von Arbeitskräften; der Arbeitskräftebedarf der Bauwirtschaft wird nicht allein durch die Verlegung bestimmter Verrichtungen von der Baustelle in die Baumaterialindustrie gemindert, die neuen Bauelemente erlauben darüber hinaus auch einen stärkeren Maschineneinsatz an der Baustelle, als es bei den herkömmlichen Bauweisen wirtschaftlich möglich ist.

Für die mitteldeutsche Wirtschaft bot und bietet sich mit der Übernahme und Weiterentwicklung neuer Baumethoden damit die Chance, den seit Jahren chronischen Arbeitskräftemangel ohne allzu große Beschränkung der Produktion zu mildern.

Die Umstellung auf den Montagebau ist daher in Mitteldeutschland seit Mitte der 50er Jahre stark vorangetrieben worden; dieser hat heute bereits einen hohen Stand erreicht. Im Hochbau wurden 1964 66 vH aller Bauvorhaben nach dieser Methode errichtet, im Wohnungsbau sogar 85 vH und im landwirtschaftlichen Bau 50 vH. Im Industriebau lassen die Erfolge allerdings auf sich warten; hier wurden

nur 17 vH aller Bauten im Montagebau erstellt, eine Folge des mangelhaften Standes der Projektierung und Typisierung von Bauvorhaben der Industrie, der immer wieder heftig kritisiert wird.

Die Baumaterialien-Industrie Mitteldeutschlands, die in ihrer Abgrenzung etwa dem westdeutschen Industriezweig Steine und Erden entspricht, zählt trotz ihrer damit noch gestiegenen volkswirtschaftlichen Bedeutung zu den kleineren Industriezweigen. Im Jahre 1964 stellte sie mit einer Bruttoproduktion¹⁾ von 1,8 Mrd. MDN knapp 2,2 vH des gesamten Bruttoproduktionswertes der Industrie. Der Anteil an der Beschäftigung der gesamten Industrie betrug im gleichen Jahre 3,2 vH. Die absolute Beschäftigtenzahl der Baumaterialindustrie lag 1964 (89 100) um 12 vH über dem Stand von 1955; sie hatte sich damit jedoch gegenüber dem 1960 erreichten Stand bereits wieder um 4500 Arbeitskräfte vermindert. Der Beschäftigtenzuwachs war aber dennoch in diesem Industriezweig stärker als in der Bauwirtschaft selbst, in der 1964 der Stand von 1955 nur um rund 4,5 vH überschritten worden ist. Unter dem Einfluß einer vermehrten Beteiligung der Baumaterialindustrie an den Produktionsergebnissen der Bauwirtschaft hat sich der eigene Anteil der Bauwirtschaft an ihrem Bruttoproduktionswert (die Nettoquote) kontinuierlich vermindert. Betrug die nominale Nettoquote 1955 noch 65 vH, so wurde für 1964 nur noch ein Anteil von 47 vH ausgewiesen.

Allerdings sind die damit zum Ausdruck kommenden höheren Zulieferungen von Materialien aller Art nicht nur auf die gestiegene Leistung der Baumaterialindustrie zurückzuführen. Denn dieser Industriezweig lieferte noch 1964 nur etwa 30 vH aller von der Bauwirtschaft beanspruchten Fremdleistungen. Etwa ebensoviel Material wurde — zusammengekommen — von der chemischen Industrie (15 vH),

¹⁾ Zu unveränderlichen Planpreisen des Jahres 1955.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Erzeugnis	Einheit	1950	1955	1960	1961	1962	1963	1964
Schotter	1000 t	1 360	1 962	3 806	4 460	5 392	4 739	5 408
Splitt	"	938	1 703	3 864	4 326	4 985	4 820	5 852
Zement	"	1 412	2 971	5 032	5 275	5 432	5 458	5 767
darunter Portlandzement	"	998	1 181	2 391	.	.	3 371	3 913
Kalk, gebrannt	"	1 497	2 453	3 051	2 827	3 344	3 457	3 673
Gips, gebrannt	"	112	176	217	215	228	214	223
Ziegelsteine ¹⁾	Mill. Stück	1 356	1 963	2 272	1 794	1 697	1 392	1 460
Dachziegel ²⁾	"	263	308	359	338	355	336	346
Betonerzeugnisse	1000 t	280	1 661	6 973	7 620	8 592	8 348	9 393
Steinzeug	"	49	66	95	133	160	134	112

¹⁾ Normalformat. — ²⁾ Bibereinheiten.

der Holzindustrie (8 vH) und der Metallurgie (6 vH) bezogen; als Lieferanten waren aber daneben noch eine ganze Reihe weiterer Wirtschaftsbereiche zu verzeichnen²⁾.

Die weitgehende Umstellung der Bauproduktion auf die Montagebauweise spiegelt sich bei der Baumaterialindustrie am deutlichsten in der Produktionsentwicklung von Betonzeugnissen wider. 1964 betrug deren Anteil an der gesamten Bruttoproduktion dieses Industriezweigs bereits 38 vH (zum Vergl.: Bundesrepublik 1963 etwa 21 vH). Von 1955 bis 1964 erhöhte sich die Produktion an Betonzeugnissen von 1,7 Mill. t auf 9,4 Mill. t, d. h. auf fast das Sechsfache. Der Aufbau der Betonindustrie konnte mit vergleichsweise geringen Investitionsmitteln und einfacher maschineller Ausrüstung durchgeführt werden. In den Jahren von 1960 bis 1964 wurden durchschnittlich jährlich Kapazitäten für 765 000 t Betonzeugnisse in Betrieb genommen. Trotz dieser beachtlichen Expansion reichten aber die Kapazitäten nicht aus, dem Bedarf der Bauwirtschaft immer zu genügen.

Der starken Entwicklung von Produktion und Zementbedarf in der Betonwarenerzeugung vermochte die Zementproduktion kaum zu folgen. Hier erhöhte sich der Ausstoß von 1955 bis 1964 nur um 94 vH auf knapp 5,8 Mill. t. Allerdings muß dabei die vorangegangene kräftige Entwicklung dieses Produktionszweiges beachtet werden.

Die hohen Reparationsforderungen der Sowjetunion an Zement hatten nach Kriegsende wesentlich zu einem schnellen Wiederaufbau und Ausbau der nach den Demontagen (45 bis 50 vH der Vorkriegskapazitäten) verbliebenen Werke beigetragen. Bereits 1952 wurde die 1936er Produktion von Zement (1,7 Mill. t) erheblich überschritten. Von 1950 bis 1964 sind mit einem Investitionsaufwand von etwa einer dreiviertel Milliarde MDN die nach dem Kriege verbliebenen neun kleineren und mittleren Zementwerke modernisiert worden und, besonders seit 1958, eine Reihe neuer Werke, zum Teil in Anlehnung an bereits bestehende Betriebe, entstanden. Zu den letztgenannten zählen Zementwerke in Rüdersdorf, Karsdorf, Bernburg, die sich auf besonders reichhaltige Kalkvorkommen grün-

den, ferner Rummelsburg, das Eisenhüttenzementwerk in Eisenhüttenstadt sowie Werke in Coswig und Wolfen, wo bei der Schwefelsäureherstellung aus Gips ein geeigneter Rohstoff für die Herstellung von Portlandzement anfällt. Einige dieser Betriebe sind noch im Bau bzw. haben ihre volle Kapazität noch nicht erreicht; so soll z. B. das Zementwerk Rüdersdorf IV erst 1967/68 mit einer Jahresleistung von 1,25 Mill. t voll in Betrieb gehen. Während vor dem Kriege nur das Zementwerk Karsdorf (mit knapp 0,5 Mill. t) eine Jahreskapazität von über 100 000 t hatte, liegt heute die Jahresleistung von Rüdersdorf und Karsdorf über einer Mill. t, von Nienburg und Bernburg bei etwa einer Mill. t und von Eisenhüttenstadt bei 0,8 Mill. t.

Bei der Rekonstruktion und Erweiterung der alten Werke sowie beim Aufbau neuer Betriebe sind erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Die Baumaterialien-Industrie wird mit ihren Bauvorhaben nicht zu den bevorzugten Staatsplanobjekten gerechnet und hatte aus diesem Grunde mit Benachteiligungen in der Zuweisung von Investitionsmitteln, Baukapazitäten und sogar Baustoffen zu kämpfen. Bei der Lieferung von Ausrüstungen für die Zementwerke sind Hemmnisse aber auch deshalb aufgetreten, weil Mitteldeutschland, zusammen mit der CSSR, der führende Lieferant von Zementwerken für den Ostblock und eine Reihe von Entwicklungsländern ist. Die Folgen waren sowohl Terminverschiebungen bei den geplanten Bauvorhaben als auch um ein bis zwei Jahre zu lange Bauzeiten. Die im Verlauf der ersten Siebenjahrplan-Periode gehegten Vorstellungen, 1961 6 Mill. t und 1965 8 Mill. t Zement zu produzieren, wurden und werden auch aus diesen Gründen nicht erreicht.

Eine gewisse Entlastung der Zementwerke, die niemals in der Lage waren, allen Anforderungen zu entsprechen, brachte um 1957 die drastische Verminderung der Zementausfuhren. Zwischen 1952 und 1956 waren im Durchschnitt jährlich ein Fünftel bis ein Viertel der Produktion exportiert worden. Der kräftige Rückgang seit 1957 hängt mit dem Auslaufen der Reparationslieferungen und der stärkeren Umstellung der Sowjetunion auf Importe aus Rotchina, Rumänien, Nordkorea und Polen, z. T. aber auch mit Qualitätsmängeln zusammen. Quali-

²⁾ Stat. Jahrbuch der DDR, 1965, S. 38/39.

Erzeugung, Ausfuhr und Verbrauch von Zement

Jahr	Erzeugung	Ausfuhr	Verbrauch	
			1000 t	1955 = 100
1950	1 412	191	1 221	53,4
1951	1 656	200	1 456	63,7
1952	2 023	575	1 448	63,3
1953	2 448	469	1 979	86,5
1954	2 635	603	2 032	88,9
1955	2 971	685	2 286	100
1956	3 269	570	2 699	118,1
1957	3 480	199	3 261	142,6
1958	3 558	189	3 369	147,3
1959	4 205	195	4 010	175,4
1960	5 032	261	4 771	208,7
1961	5 275	239	5 036	220,2
1962	5 432	181	5 251	229,6
1963	5 458	444	5 014	219,3
1964	5 767	493	5 274	230,6

tätsmängel der mitteldeutschen Zementsorten werden auch von den inländischen Verarbeitern immer wieder beklagt. Obwohl z. B. der Anteil an Portlandzement (fast ausschließlich PZ 350) in den letzten Jahren auf 68 vH erhöht werden konnte, lag er doch noch merklich unter dem entsprechenden Anteil in der Bundesrepublik (87 vH).

Etwas günstiger hat sich in den letzten Jahren die Erzeugung von den — neben Sand und Kies — wichtigsten Zuschlagstoffen der Betonherstellung entwickelt. Die Produktion von Schotter ist bis 1964 auf knapp das Dreifache ihres Standes von 1955 gestiegen, bei Splitt war die Zunahme noch stärker. Trotzdem wird von der Betonindustrie die unzureichende Versorgung mit Zuschlagstoffen bemängelt. Daher sollen auch Rückstände der Hüttenindustrie und der Kraftwerke, wie Schlacken und Aschen aller Art, aber auch Loklösch- und Sägespäne eingesetzt sowie alte Kalktuff- und Kalksteinhalden verwertet werden. Allerdings scheinen bei diesen Vorschlägen die sicherlich erheblichen Transportkosten dieser Materialien zu den Betonwerken nicht berücksichtigt worden zu sein.

Einen von der Entwicklung der wichtigsten Erzeugnisse der Baumaterialindustrie abweichenden Verlauf nahm die Produktion von Ziegelsteinen. Die Produktion von 1936 ist hier nach dem Kriege nie wieder erreicht worden; 1964 lag der Ausstoß um mindestens 45 vH unter diesem Vorkriegsniveau. Die erwähnte Umstellung innerhalb der Bauwirtschaft hat hieran selbstverständlich die Hauptverantwortung; in Westdeutschland, wo traditionelle Bauweisen, vor allem im Wohnungsbau, auch heute noch vorherrschen, hat die Produktion von Ziegelsteinen 1964 noch weit (85 vH) über diesem Vorkriegsstand gelegen. Offenbar ist in Mitteldeutschland die Drosselung der Ziegelsteinerzeugung seit 1961 überhastet vorgenommen worden. Doch schon Anfang 1955 wurde — für die damaligen Verhältnisse vielleicht zu früh — die industrielle Großblockbauweise nach sowjetischem Vorbild forciert, die meisten Ziegeleien wurden seitdem nicht mehr gefördert. So ist gegenwärtig auch der Ziegelstein ein „Engpaßmaterial“ der mitteldeutschen Wirtschaft.

Es hat in den vergangenen Jahren nicht an Bemühungen gefehlt, diese durch die Konzentration auf Zement und Betonzeugnisse verursachte Einschränkung der Ziegelsteinproduktion zu überwinden³⁾. Dazu gehören u. a. die Beseitigung der Disproportionen zwischen Trocken- und Brennkapazität und Übergang zum Ganzjahresbetrieb, eine weitgehende Mechanisierung des Produktionsprozesses sowie neuerdings Pläne zur Umstellung auf die Erzeugung von großflächigen Wand- und Deckenelementen, zugleich zur Entlastung der überbeanspruchten Betonindustrie. Erfolge waren bisher nicht zu verzeichnen. Zum Teil liegt es am Widerstand der örtlichen Staatsorgane, die auf eine Schließung der unrentablen kleinen und mittleren Ziegeleien drängen, zum Teil aber auch am Maschinenbau, der keine Neigung zeigt, die nur in geringer Zahl benötigten Spezialausrüstungen zu entwickeln und zu bauen.

Die wichtigsten Merkmale für die Entwicklung der mitteldeutschen Baumaterialindustrie in der Nachkriegszeit sind fast allgemein stark gestiegene Produktionsziffern, deren Wert aber nach wie vor durch Qualitätsmängel bei der Produktion und durch häufig unrentable Produktionsverfahren beeinträchtigt wird. So sollen, als vordringlichstes Ziel, in der Betonindustrie das unausgewogene Sortiment bereinigt, die einzelnen Bauelemente radikal standardisiert und die Zersplitterung der Produktion auf zur Zeit etwa 700 vorwiegend kleine und mittlere Betriebe, darunter 575 handwerklich arbeitende Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten, beseitigt werden. Dafür sollen sechs Betonfertigteile-Kombinate gegründet werden, die sich auf bestimmte Erzeugnisse spezialisieren.

Einem Vergleich mit Westdeutschland sind wegen der genannten Qualitätsmängel, aber auch aus methodischen Gründen enge Grenzen gesetzt. Vertretbar ist ein Mengenvergleich bei einigen gleichartigen Erzeugnissen. Aus der Gegenüberstellung der Pro-Kopf-Produktion ergibt sich eine eindeutige

Produktion ausgewählter Erzeugnisse je Kopf der Bevölkerung in Mittel- und Westdeutschland im Jahre 1964

Erzeugnis	Einheit	Mitteldeutschland	Bundesrepublik und Berlin(West)
Schotter und Splitt	kg	663	1 473
Zement	"	339	577
darunter Portlandzement . .	"	230	504
Kalk, gebrannt	"	216	185
Gips, gebrannt	"	13	17
Mauersteine	Stück	86	133
Dachziegel	"	20	20
Betonzeugnisse	kg	550	400

westdeutsche Überlegenheit in der Produktion wichtiger Materialien, wie Splitt, Schotter, Zement (insbesondere der hochwertigen Sorten) und Mauer-

³⁾ In den „Thesen des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrates der DDR zur 4. Baukonferenz“ wurde in diesen Tagen erneut gefordert, die Ziegeleien maximal auszulasten und stillgelegte Kapazitäten wieder in Betrieb zu nehmen. Vgl. Neues Deutschland v. 20. 8. 1965, Sonderbeilage.

steinen. Bei Zement erreicht Mitteldeutschland nur 59 vH, bei Splitt und Schotter sogar nur 45 vH der westdeutschen Leistung je Einwohner. Zum Teil zeigt sich hierin die um ein Mehrfaches höhere Bautätigkeit Westdeutschlands im Wohnungs- und besonders im Straßenbau.

Dieser Rückstand Mitteldeutschlands wird auch nicht etwa durch einen größeren Einsatz von Kunststoffen wettgemacht. Nach allgemeiner Ansicht ent-

spricht heute der Einsatzanteil bei diesen Stoffen etwa dem westlichen Stand. Soweit Kunststoffe bisher im Bauwesen eingesetzt wurden, beschränkte sich dies fast ausschließlich auf Austauschwerkstoffe für Metalle (Dachrinnen, Rohre, Isolierungen) und Holz (Bodenbelag). Das Angebot an Kunststoffwandplatten oder Schaumstoffen als Dämmstoff ist so minimal, daß ihre Verwendung vorerst nur im Schiff- und Waggonbau genehmigt wurde.

Arbeitszeit und Urlaub in der Sowjetunion

Gegenwärtige Arbeitszeit

Nach der gegenwärtigen Regelung gilt für alle Beschäftigten in der sowjetischen Wirtschaft der siebenstündige Arbeitstag. An Sonnabenden und allen Werktagen, die einem Feiertag vorangehen, wird nur 6 Stunden gearbeitet. Für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren ist die Arbeitszeit generell auf 6 Stunden begrenzt. Verkürzte Arbeitszeiten gelten ferner für bestimmte Gruppen von Arbeitern, die besonders schwere oder gesundheits-schädliche Arbeiten verrichten, sowie für Angestellte im staatlichen Gesundheitsdienst und im Bildungswesen. Unter Berücksichtigung aller genannten Sonderregelungen ergibt sich nach sowjetischen Angaben für Arbeiter der Industrie eine durchschnittliche Arbeitswoche von 40 Stunden, für die Arbeiter und Angestellten der gesamten Volkswirtschaft eine Arbeitswoche von 39,4 Stunden.

Damit gehört die Sowjetunion zu den Ländern mit extrem kurzer Arbeitszeit. Nach Angaben des Statistischen Amtes der UN betrug die durchschnittliche Arbeitszeit der Industriearbeiter 1964¹⁾

in England ²⁾	46,9 Wochenstunden,
Frankreich ²⁾	45,6 Wochenstunden,
der Schweiz ³⁾	45,4 Wochenstunden,
der Bundesrepublik ³⁾ . .	43,8 Wochenstunden,
Österreich ³⁾	42,7 Wochenstunden,
USA ³⁾	40,7 Wochenstunden.

Ein exakter internationaler Vergleich über die Länge der Arbeitszeit in verschiedenen Ländern ist allerdings durch die unterschiedliche Abgrenzung der statistischen Angaben kaum möglich. (Die Länder unterscheiden nach tariflichen, geleisteten oder bezahlten Arbeitsstunden, trennen zuweilen männliche und weibliche Beschäftigte, Arbeiter und Angestellte, einige beschränken sich auf bestimmte Wirtschaftsbereiche.) In der Bundesrepublik betrug 1964 die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit der männlichen Arbeiter im Bereich der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung 42,4 Wochenstunden⁴⁾, die bezahlten Arbeitsstunden

lagen um 1,4 Stunden je Woche über den tariflichen. Auch in der Sowjetunion werden die bezahlten Wochenstunden, über die es keine amtlichen Angaben gibt, vermutlich über den tariflich festgelegten liegen; da die Überstundenarbeit auf maximal 2½ Wochenstunden je Arbeiter — 120 Stunden im Jahr — begrenzt ist und wohl nur von einem Bruchteil der Arbeiter ausgenützt wird, kann diese Abweichung aber nur gering sein⁵⁾. Die in der Sowjetunion verwirklichte, relativ kurze Arbeitszeit betrifft allerdings nur den Arbeitstag, nicht die Arbeitswoche, denn es wird in der UdSSR noch allgemein an 6 Wochentagen gearbeitet, während die westlichen Industrieländer mehr und mehr zum freien Sonnabend, d. h. zur Fünftageweche übergehen.

Auch in der Anzahl der gesetzlichen Feiertage bestehen von Land zu Land beträchtliche Unterschiede. Die Sowjetunion hat 6 Feiertage⁶⁾, die Bundesrepublik zwischen 10 und 13, entsprechend den Vorschriften in den einzelnen Bundesländern⁷⁾. Einem Arbeitsjahr von 307 Tagen in der Sowjetunion stehen in der Bundesrepublik 300 bis 303, soweit die Fünftageweche besteht, sogar nur 248 bis 251 Arbeitstage gegenüber.

Daraus ergibt sich eine sehr unterschiedliche Verteilung der Arbeitszeit. Sie erscheint in der Bundesrepublik „zusammengedrängt“ auf eine begrenzte Zahl von Werktagen, in der Sowjetunion gleichmäßiger über das Jahr und die Woche verteilt.

Historische Entwicklung und Zukunftspläne

In dem allgemeinen Prozeß der Arbeitszeitverkürzung versuchte die Sowjetunion seit je eine führende Stellung einzunehmen. Die Einführung des gesetzlichen Achtstundearbeitstages noch im Oktober 1917 war eine der ersten sozialpolitischen Maßnahmen der Sowjetregierung. Sie erfolgte zweifellos nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. Der achtstündige Arbeitstag war bis dahin immer wieder von den Arbeiterparteien und den Gewerkschaften vieler Länder gefordert worden. Sowjetrußland verwirklichte diese „Forderung der Arbeiterklasse“ als erstes

¹⁾ Monthly Bulletin of Statistics, June 1965, S. 12.

²⁾ Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden.

³⁾ Bezahlte Arbeitsstunden.

⁴⁾ Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen. Reihe 11, Nr. 2/1960, S. 10 und Nr. 1/1965, S. 8. (Statistisches Bundesamt, Wiesbaden).

⁵⁾ Ekonomiceskaja Encyklopedija, Bd. 2. Moskau 1964, S. 764.

⁶⁾ Ebenda S. 600.

⁷⁾ Sozialpolitik in Deutschland. Nr. 14/1964, S. 10.

Land in Europa, andere europäische Staaten gingen in den ersten zwanziger Jahren zum Achtstundentag über.

Die Durchsetzung des achtstündigen Arbeitstages war aber weder in der Sowjetunion noch in den westlichen Ländern als endgültiges Ziel angesehen worden. Gerade die Sowjetunion als damals einziges „sozialistisches Land“ mußte daran interessiert sein, bei dem Kampf um eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht hinter den kapitalistischen Ländern zurückzustehen, sondern nach Möglichkeit diesen Ländern voranzugehen. 1927 wurde vom Zentralkomitee der KPdSU ein Manifest veröffentlicht, das die Einführung des siebenstündigen Arbeitstages unter Beibehaltung des bisherigen Wochenlohnes vorsah.

Tatsächlich sank die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit in der Industrie von $7\frac{3}{4}$ Stunden im Jahre 1928 bis 1933 auf täglich 7 Stunden. In den folgenden Jahren wurde der Siebenstundentag allerdings mehr und mehr durch Überstunden umgangen, bis schließlich durch Erlaß vom 26. Juni 1940 die Arbeitszeit offiziell wieder auf 8 Stunden heraufgesetzt wurde.

Die vorübergehende Verkürzung der Arbeitszeit wird man ebenso wie die spätere Aufhebung dieser Maßnahme weitgehend aus der Arbeitskräfte-Bilanz dieser Zeit erklären können. Bis zum Ende der zwanziger Jahre hatte die Sowjetunion noch mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu kämpfen, die aber infolge des forcierten Aufbaus der Industrie etwa um das Jahr 1933 überwunden war. Die dann in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre einsetzende Verknappung von Arbeitskräften, vor allem von Facharbeitern, die 1940 zu der erwähnten Rückkehr zum Achtstundentag führte, verschärfte sich naturgemäß während des Krieges und in den Jahren des Wiederaufbaus und machte eine Reduzierung der Arbeitszeit vorerst unmöglich. Es sind im allgemeinen nicht so sehr ökonomische, sondern politisch-weltanschauliche Argumente, mit denen die Verkürzung der Arbeitszeit in der Vergangenheit — aber auch noch in der Gegenwart — begründet wurde. Nur in Ausnahmefällen haben sich die ökonomischen Gegebenheiten als stärker erwiesen und den Prozeß der Arbeitszeitverkürzung aufhalten können. Es ist aber sehr zweifelhaft, ob sich der Wettbewerb der Sowjetunion mit westlichen Industrieländern auf diesem Gebiet wirklich zum Vorteil der sowjetischen Volkswirtschaft — und damit der sowjetischen Arbeiter und Angestellten — auswirkt.

Die gegenwärtig geltende Regelung geht auf Beschlüsse des XX. und XXI. Parteitag der KPdSU vom März 1956 und Januar 1959 zurück und wurde nach amtlichen Angaben bis Ende 1960 in allen Wirtschaftszweigen vollzogen.

Dagegen sind die ebenfalls 1959 veröffentlichten Vorhaben einer weiteren allgemeinen Arbeitszeitverkürzung auf 35 bis 30 Wochenstunden mit zwei

freien Tagen, die sich zwischen 1964 und 1969 vollziehen soll, bisher nicht in Angriff genommen worden⁸⁾. Das Thema wird aber häufig in der Presse diskutiert, neuerdings tauchen Vorschläge auf, die auf eine Differenzierung der geplanten Arbeitszeitverkürzung hinauslaufen. Danach sollte der Arbeitstag nur für Frauen um eine Stunde gekürzt werden. Berufstätigen Müttern sollte darüber hinaus das Recht auf Teilzeitarbeit und einen zusätzlichen freien Tag in der Woche zugestanden werden⁹⁾.

Derartige Erwägungen sind insofern bemerkenswert, als sie das Problem der Doppelbelastung berufstätiger Frauen durch Erwerbsarbeit und Haushaltsführung ansprechen, ein Problem, das in der Sowjetunion bisher kaum erkannt wurde, aber gerade hier außerordentliche Bedeutung hat: Die Erwerbsquote der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter ist ungewöhnlich hoch, und die Haushaltsführung wegen der noch geringen Verbreitung moderner Haushaltsmaschinen und der Schwierigkeiten beim Einkauf (Suchen und Schlangestehen) zeitraubender und anstrengender als in westlichen Ländern. Eine Verkürzung der Arbeitszeit für einen Teil der weiblichen Beschäftigten und vor allem für Mütter von kleinen Kindern wäre daher durchaus sinnvoll. Die Verwirklichung dieses Vorschlags würde freilich vor allem für den technischen Ablauf des Betriebsgeschehens neue Probleme aufwerfen.

Urlaub

Nach dem sowjetischen Arbeitsgesetzbuch steht Arbeitern und Angestellten ein Jahresurlaub von mindestens 12 Arbeitstagen zu. Diese Bestimmung gilt seit 1918, als ein Dekret des damaligen Rates der Volkskommissare den zwölf-tägigen Urlaub bei voller Lohnfortzahlung obligatorisch machte. Die Bezahlung während des Urlaubs berechnet sich nach dem Durchschnittslohn des Urlaubsjahres und erfolgt vor Antritt des Urlaubs.

Für einige Gruppen von Beschäftigten ist die Urlaubsdauer besonders geregelt. Jugendliche unter achtzehn Jahren haben einen Urlaubsanspruch von einem Kalendermonat (mindestens 24 Arbeitstage). Beschäftigten, die eine gesundheitsschädigende Arbeit verrichten oder die unter besonders ungünstigen klimatischen Bedingungen arbeiten müssen, wird ein zusätzlicher Urlaub gewährt, der bis zu 36 Tage betragen kann. Längere Urlaubszeiten stehen auch den Mitarbeitern im Bildungs- und Kulturwesen zu. Lehrer, Bibliothekare und Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute haben z. B. einen Anspruch auf 24 bis 48 Arbeitstage im Jahr.

Über die Verteilung der arbeitenden Bevölkerung nach der Länge des Urlaubsanspruchs am 1. 4. 1958 und am 31. 3. 1964 veröffentlichte das Statistische Zentralamt der Sowjetunion folgende Zahlen, aus denen sich eine nicht unwesentliche Verbesserung

⁸⁾ Trud vom 13. 10. 1959.

⁹⁾ Vgl. Literaturnaja Gazeta vom 8. 7. 1965.

der Urlaubsverhältnisse in den letzten sechs Jahren ergibt, besonders für die Beschäftigten mit niedrigem Urlaubsanspruch.

Anspruch auf Urlaubstage
in vH

Urlaubstage	am 1. 4. 1958	am 31. 3. 1964
Alle erwachsenen Arbeiter und Angestellten	100	100
davon haben 12 Tage	42,3	36,6
15 "	12,7	10,8
18 "	11,1	14,2
21 "	3,0	4,8
24 "	19,2	20,1
27 "	4,6	5,5
30 "	} 7,1	1,1
33 "		0,3
36 "		1,5
39 "		0,5
48 "		4,4
über 48 "		0,2
		} 8,0

Quelle: Vestnik statistiki, Nr. 6/1965, S. 93.

Die durchschnittliche Urlaubsdauer aller Arbeiter und Angestellten erreichte 1964 19,3 Werktagen mit recht unterschiedlichen Werten für die einzelnen Wirtschaftszweige. An der Spitze liegen die Beschäftigten des Bildungswesens mit einer durchschnittlichen Urlaubsdauer von 33 Tagen, am Ende der Skala finden sich die Arbeiter und Angestellten der Sowchose, die nur 14,2 Tage Urlaub erhielten.

Ganz allgemein scheint die sowjetische Urlaubspolitik auf ähnlichen Prinzipien wie die Lohnpolitik zu beruhen, nämlich relativ niedrige Urlaubsbemessung für die einfachen Arbeiter und Angestellten bei starker Differenzierung für qualifizierte Kräfte, vor allem für die Intelligenz. Mit einem Urlaubsanspruch von 24—48 Arbeitstagen steht den Vertretern geistiger Berufe die zwei- bis vierfache Erholungszeit der einfachen Arbeiter und Angestellten zu.

Ein Vergleich der sowjetischen Urlaubsregelung mit der westdeutschen ist nur bedingt möglich, da

es in der Bundesrepublik keine einheitliche Urlaubsregelung gibt.

Bis zum 31. 12. 1962 betrug der Mindesturlaub in der Bundesrepublik — ebenso wie in der Sowjetunion — 12 Arbeitstage. Mit dem Bundesurlaubsgesetz vom 8. 1. 1963 wurde jedoch der Mindesturlaub für Arbeitnehmer auf jährlich 15 Werktagen, für Beschäftigte, die das 35. Lebensjahr vollendet haben, auf mindestens 18 Werktagen festgesetzt¹⁰⁾. Jugendliche unter achtzehn Jahren erhalten 24 Arbeitstage Urlaub.

Maximal können Arbeiter bis zu 30, Angestellte bis zu 36 Arbeitstage bezahlten Urlaub erhalten. Innerhalb dieser Grenzen unterscheidet sich, nach Ländern und Tarifverträgen, die Urlaubsdauer im Einzelfall erheblich, wobei vor allem Lebensalter, Dienstzeit und Betriebszugehörigkeit Kriterien der Urlaubsbemessung sind. Der sogenannte „Endurlaub“, d. h. der höchste innerhalb einer gegebenen Gruppe zu erreichende Urlaub, lag nach einer Berechnung für Mitte 1963 in der Bundesrepublik für die Mehrzahl der Arbeiter (65 vH) bei 18 bzw. 21 Arbeitstagen, für die meisten Angestellten (54 vH) bei 21 und 24 Tagen¹¹⁾.

Zusammenfassend läßt sich die Urlaubsregelung in der Sowjetunion und in der Bundesrepublik wie folgt vergleichen: In der Bundesrepublik ist der Mindesturlaub seit 1963 um drei Tage länger als in der Sowjetunion. Der gesetzlich vorgeschriebene Urlaub für Jugendliche ist in beiden Ländern gleich. Mit einem Urlaub von höchstens 15 Tagen muß sich in der Sowjetunion ein größerer Teil der Arbeiter und Angestellten begnügen als in der Bundesrepublik. Dafür nehmen einige besonders qualifizierte Fachkräfte, z. B. Mitarbeiter wissenschaftlicher Institute, mit einem Urlaubsanspruch von zwei Monaten eine Vorzugsstellung ein, die entsprechende deutsche Berufsgruppen (mit Ausnahme der Lehrkräfte) nicht kennen.

¹⁰⁾ Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 1/1963, S. 2 ff.
¹¹⁾ Bundesarbeitsblatt 1964. S. 53 ff.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 u. 53 Bonn, Koblenzer Str 170
Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Dieter Hiß, Dr. Gerhard Kade, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.

Schriftleitung: Dr. Horst Seidler, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5. Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9.
Nachdruck und sonstige Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Gustav Ahrens, Buch- und Kunstdruckerei, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 19. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—

Gegenstand	Gebiet*)	Einheit †)	1964										1965					
			April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	
Anzahl der Arbeitstage		
Bevölkerung																		
Bevölkerungsbestand, gesamt	D	1000	E	.	.	75277	.	.	75489	.	.	75599	.	.	75831	.	.	.
" " " " " " " "	BRD x)	"	"	55948	56023	56097	56163	56224	56290	56346	56386	56387	c)56444	c)56522	56618	56635	.	.
" " " " " " " "	W-B	"	"	2190	2192	2193	2193	2194	2195	2199	2200	2200	2201	2201	2201	2202	2202	.
" " " " " " " "	O-B	"	"	.	.	1068	.	.	1070	.	.	11)1071	.	.	1071	.	.	.
" " " " " " " "	MD x)	"	"	.	.	15919	.	.	15934	.	.	15941	.	.	15941	.	.	.
Bevölkerungsbewegung																		
Geburten 1)	BRD	auf 1000	VD	19,7	18,7	18,5	18,4	17,2	18,3	16,8	16,5	17,4	17,5	19,1	19,1	18,9	18,2	18,2
" " " " " " " "	MD	Einwohner	"	18,4	17,6	17,2	16,4	16,1	17,1	16,0	15,5	17,1	15,0	17,8	17,9	.	.	.
" " " " " " " "	BRD	und 1 Jahr	"	11,2	10,5	10,4	10,8	10,0	10,0	10,8	11,4	11,8	11,7	11,9	13,4	11,8	11,2	11,0
" " " " " " " "	MD	berechnet	"	14,6	14,8	13,6	12,0	11,6	10,8	12,1	12,9	14,9	14,8	16,7	14,5	.	.	.
Eheschließungen	BRD	"	"	9,4	11,0	8,7	11,5	14,6	6,5	8,2	7,0	6,9	5,1	7,4	6,6	9,0	10,0	9,3
" " " " " " " "	MD	"	"	6,0	11,3	7,3	9,3	17,7	8,0	8,0	5,7	7,9	4,4	6,2	5,7	.	.	.
Arbeitsmarkt																		
Beschäftigte 8)	BRD	1000	VD	.	21550	.	.	21640	.	.	21657	.	.	21488
darunter weibliche	"	vH	"	.	33,4	.	.	33,3	.	.	33,4	.	.	33,6
Arbeitslose b. d. Arb.-Ämtern	"	1000	E	147	127	112	105	103	100	111	127	202	286	291	201	127	107	95
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 4)	"	vH	"	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,9	1,3	1,3	0,9	0,6	0,5	0,4
Unterstützte Arbeitslose 6)	"	1000	M	118	87	76	68	63	61	66	73	122	218	236	234	98	74	65
Off. Stellen b. d. Arb.-Ämtern	"	1000	E	614	627	662	677	681	671	627	571	501	563	609	665	661	683	703
Arbeitslose je 100 off. Stellen	"	Anzahl	"	24	20	17	16	15	15	18	22	40	51	48	30	19	16	14
Einkommen																		
Bruttosumme der Löhne in der Industrie	BRD	Mill. DM	S	4176,8	4171,2	4292,0	4401,9	4224,5	4301,3	4461,5	4665,6	4887,8	4373,6	4140,1	4545,6	4670,2	4636,1	4849,0
Gehälter in der Industrie	"	"	"	1718,0	1758,1	1763,7	1756,4	1755,8	1769,6	1801,4	1985,6	2147,1	1906,9	1879,4	1924,8	1954,6	1936,7	2020,8
Beschäftigung d. Ind. 9)																		
Gesamte Industrie	BRD	1000	E	8294,6	8294,4	8290,5	8312,7	8337,4	8358,1	8381,1	8406,8	8347,8	8345,6	8374,3	8416,9	8487,5	8484,8	8472,7
Bergbau	"	"	"	504,9	502,5	500,0	497,5	494,8	492,0	489,9	488,8	486,0	483,3	482,3	482,5	482,8	479,8	477,3
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	1769,0	1771,9	1774,0	1782,3	1788,3	1791,1	1792,7	1796,4	1777,3	1768,0	1774,8	1795,0	1816,4	1817,7	1817,3
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	3495,9	3500,0	3499,7	3510,8	3526,6	3537,3	3548,4	3565,9	3556,7	3569,9	3586,4	3601,3	3638,8	3636,1	3636,1
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	2013,3	2006,1	1998,5	1996,8	1999,9	2005,5	2014,0	2022,0	2009,3	2013,4	2019,8	2026,1	2037,4	2033,9	2027,1
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	511,5	513,9	518,3	525,3	527,8	532,3	536,0	533,8	518,5	511,0	511,0	512,1	512,1	513,8	514,8
Eisenschaffende Ind.	"	"	"	269,7	272,6	273,8	275,3	275,6	275,2	272,9	271,0	259,1	245,3	245,7	260,7	271,2	273,6	274,2
Eisen-, Stahl- u. Tempergieß.	"	"	"	351,7	351,5	352,0	353,0	354,7	355,1	355,2	355,8	354,4	356,3	357,2	358,0	361,6	361,1	361,1
NE-Metallindustrie	"	"	"	139,2	139,0	138,9	139,4	140,2	141,0	141,7	142,8	141,9	141,5	142,3	142,3	142,4	142,3	141,8
Chemische Industrie	"	"	"	84,4	84,3	84,5	85,1	85,3	85,8	86,4	86,5	86,2	88,1	88,8	89,1	89,5	89,5	89,5
Stahlbau	"	"	"	511,2	511,0	511,5	514,7	517,2	518,0	519,7	521,5	519,0	521,5	524,1	525,9	531,0	531,1	531,1
Maschinenbau	"	"	"	224,4	224,4	224,1	224,9	226,3	226,8	226,6	226,3	225,1	225,5	225,2	226,0	227,9	228,0	228,2
Fahrzeugbau	"	"	"	1044,5	1046,4	1044,7	1048,3	1051,6	1052,1	1053,7	1057,5	1055,4	1064,3	1068,1	1071,7	1088,7	1089,6	1087,6
Schiffbau	"	"	"	484,7	486,5	487,6	488,6	493,4	496,2	498,9	502,7	501,9	506,5	508,3	510,5	513,6	513,6	513,3
Elektrotechnische Ind.	"	"	"	81,5	81,5	81,6	81,4	81,5	81,1	81,0	81,5	81,2	80,2	80,9	81,0	81,9	81,8	81,5
Feinmech. u. opt. Ind.	"	"	"	929,8	930,4	931,5	934,8	939,3	944,5	947,6	952,9	951,1	954,2	960,4	966,2	975,7	976,1	976,3
Eisen-, Blech- u. Metallw.	"	"	"	155,3	155,3	155,0	154,9	155,3	155,7	156,1	157,1	156,5	154,7	155,2	155,4	156,6	156,6	156,4
Holzverarbeitende Ind.	"	"	"	409,1	409,0	408,8	410,1	411,1	412,3	415,0	417,2	414,9	414,1	416,6	417,8	420,7	420,1	419,7
Druckerei u. Vervielfältig.	"	"	"	215,1	214,3	214,1	214,5	214,9	215,8	216,9	218,1	216,6	217,4	218,1	219,1	219,2	219,0	218,4
Textilindustrie	"	"	"	207,0	206,9	206,6	206,9	207,5	208,1	208,4	208,6	207,4	207,0	207,7	208,2	211,2	211,2	211,0
Bekleidungsindustrie	"	"	"	560,2	558,4	555,8	552,6	551,9	552,4	553,2	554,9	551,3	550,0	549,8	549,3	548,9	547,5	545,5
Darunter Arbeiter 7)	BRD	1000	E	390,7	387,8	385,1	384,7	385,6	387,6	390,1	391,7	389,5	391,1	392,7	394,2	399,7	399,3	396,7
Gesamte Industrie																		
Bergbau	"	"	"	6490,5	6484,4	6480,2	6499,3	6515,3	6528,0	6547,7	6570,2	6514,8	6506,9	6528,8	6565,9	6607,3	6597,9	.
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	439,9	437,7	435,1	432,8	429,9	427,1	425,4	424,2	421,4	419,0	417,7	417,9	417,9	414,9	.
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	1366,8	1368,3	1370,6	1377,0	1381,3	1383,0	1384,0	1386,9	1368,7	1357,1	1362,8	1382,6	1396,6	1396,5	.
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	2641,0	2641,6	2640,8	2649,9	2660,7	2667,0	2691,4	2682,5	2682,5	2692,3	2704,3	2714,5	2737,4	2734,2	.
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	1671,1	1662,7	1655,4	1654,2	1655,5	1659,5	1667,4	1675,0	1663,5	1667,3	1672,8	1678,7	1684,8	1680,1	.
Eisenschaffende Ind.	"	"	"	371,6	374,0	378,2	385,4	387,8	391,4	394,9	392,7	378,3	371,1	371,2	372,1	370,5	372,2	.
Geleist. Arbeiterstd.																		
Gesamte Industrie	BRD	Mill.	S	1096,9	987,6	1040,6	1064,0	973,5	1071,0	1120,5	1079,7	1069,2	1024,9	1010,9	1102,3	1073,0	1054,4	1038,8
Bergbau	"	"	"	71,2	61,5	65,5	67,4	60,6	65,1	68,6	66,0	65,3	65,5	60,5	66,5	62,7	61,6	60,4
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	238,7	217,1	229,9	238,9	221,2	235,4	244,5	234,9	232,7	221,0	216,6	239,3	234,1	232,4	229,5
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	444,6	403,5	427,9	429,7	393,1	435,3	457,0	441,1	440,0	422,5	421,0	456,3	446,3	437,8	434,5
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	276,6	244,5	251,8	259,6	233,8	267,3	278,5	269,1	262,5	254,2	253,1	275,6	266,6	260,3	251,1
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	65,7	61,0	65,4	68,4	64,8	68,5	71,9	68,6	68,7	61,7	59,7	65,0	63,3	62,3	63,2
Arbeiterstd. je Arb. 8)																		
Gesamte Industrie	BRD	Std.	S	169	152	161	164	149	164	171	164	164	158	155	168	162	160	.
Bergbau	"	"	"	162	141	151	156	141	152	161	156	155	156	145	159	150	148	.
Grundst.- u. Produktionsg. Investitionsgüterind.	"	"	"	174	159	168	173	160	170	177	169	170	163	159	173	168	166	.
Verbrauchsgüterind.	"	"	"	168	153	162	162	148	163	171	164	164	157	156	168	163	160	.
Nahrungs- u. Genussm.-Ind.	"	"	"	166	147	152	157	141	161	167	161	158	152	151	164	158	155	.
dar.: Ind. d. Steine u. Erden	"	"	"	177	163	173	178	167	175	182	175	182	166	161	175	171	167	.
Produktionsergebnis 9)																		
je Beschäftigten	BRD x)	1958 = 100	VD	.	140,2	.	.	131,9	.	.	145,9	.	.	139,2
je Beschäftigtenstunde	"	"	"	.	146,5	.	.	149,8	.	.	153,6	.	.	150,5